

Sachdokumentation:

Signatur: DS 4588

Permalink: www.sachdokumentation.ch/bestand/ds/4588



Nutzungsbestimmungen

Dieses elektronische Dokument wird vom Schweizerischen Sozialarchiv zur Verfügung gestellt. Es kann in der angebotenen Form für den Eigengebrauch reproduziert und genutzt werden (private Verwendung, inkl. Lehre und Forschung). Für das Einhalten der urheberrechtlichen Bestimmungen ist der/die Nutzer/in verantwortlich. Jede Verwendung muss mit einem Quellennachweis versehen sein.

Zitierweise für graue Literatur

Elektronische Broschüren und Flugschriften (DS) aus den Dossiers der Sachdokumentation des Sozialarchivs werden gemäss den üblichen Zitierrichtlinien für wissenschaftliche Literatur wenn möglich einzeln zitiert. Es ist jedoch sinnvoll, die verwendeten thematischen Dossiers ebenfalls zu zitieren. Anzugeben sind demnach die Signatur des einzelnen Dokuments sowie das zugehörige Dossier.



**IMMER
LÄNGER
ARBEITEN?** **NEIN ZUR
RENTENINITIATIVE
AM 3. MÄRZ**

Bern, 16. Januar 2024

Nein zur unsozialen und untauglichen Renteninitiative

Heute hat das breit abgestützte überparteiliche Nein-Komitee seine Argumente gegen die Renteninitiative präsentiert. Diese verlangt, dass das Rentenalter jährlich automatisch erhöht wird. Das ist unsozial, technokratisch und undemokratisch. Deshalb lehnt ein breites Komitee von links bis rechts die Renteninitiative als untaugliches Instrument zur Reform der Altersvorsorge ab.

Die Renteninitiative der Jungfreisinnigen verlangt, dass das Rentenalter, bzw. neu Referenzalter, zunächst auf 66 Jahre erhöht und danach automatisch an die Lebenserwartung der 65-Jährigen gekoppelt wird. Das Nein-Komitee lehnt die Initiative ab, weil es sich dabei um eine untaugliche und unsoziale Lösung für die Herausforderungen der Altersvorsorge handelt. Die Initiative zielt an den aktuellen Pensionierungsrealitäten vorbei und verkennt die Auswirkungen auf das Sozialversicherungssystem und die Gesundheit der Bevölkerung.

Für das Nein-Komitee ist klar, dass die Renteninitiative soziale Ungleichheiten noch weiter vergrössern würde. Wer in tiefer qualifizierten Jobs arbeitet, hat in der Schweiz eine tiefere Lebenserwartung und einen schlechteren Gesundheitszustand im Alter. Nicht allein die Lebenserwartung darf deshalb ausschlaggebend sein für die Festsetzung des Rentenalters, sondern vielmehr auch die Anzahl gesunder Jahre in Rente. «Wer sein ganzes Leben lang gearbeitet hat, hat ein Anrecht auf einen Ruhestand bei guter Gesundheit und mit möglichst langer hoher Lebensqualität», fordert **Léonore Porchet**, Grünen-Nationalrätin und Vize-Präsidentin von Travail.Suisse. **Adrian Wüthrich**, Präsident von Travail.Suisse, fügt an: «Heute müssen wir nicht mehr bis zum Tod arbeiten, sondern können unseren Lebensabend in Sicherheit und Würde verbringen. Die Renteninitiative stellt diese wesentliche Errungenschaft unseres Sozialstaates in Frage.»

«Wir haben anlässlich der AHV21-Abstimmung versprochen, dass wir die nächste Reform ganzheitlich angehen und nicht einfach eine weitere Erhöhung des Referenzalters umsetzen. Dies auch im Hinblick darauf, dass es nicht für alle Erwerbstätigen möglich ist, einfach länger zu arbeiten», hält **Erich Ettlin**, Mitte-Ständerat fest. Für ältere Beschäftigte ist es schon heute schwierig, eine neue Stelle zu finden, wenn sie arbeitslos werden. Die Renteninitiative würde es vielen Arbeitnehmenden weiter erschweren, bis zum Rentenalter im Arbeitsmarkt zu bleiben. Es käme zu einer Verlagerung der Kosten in andere Sozialwerke.

Die Renteninitiative wird in erster Linie den Mittelstand und die tiefen Einkommensschichten treffen, ohne die Finanzierung der AHV relevant zu verbessern. «Wer es sich leisten kann, wird sich genau wie heute auch in Zukunft frühpensionieren lassen, anstatt bis zum Referenzalter seine Lohnbeiträge einzuzahlen. Normal- und Geringverdienende werden die Auswirkungen der Renteninitiative hingegen voll zu spüren bekommen und unabhängig von ihrem Gesundheitszustand länger arbeiten», so **Melanie Mettler**, Nationalrätin Grünliberale. «Für Arbeitnehmende in besonders harten Branchen stehen die

Frühpensionierungsmodelle auf dem Spiel. Banker können weiterhin mit 60 in Rente, weil sie es sich leisten können, während Normalverdiener länger arbeiten sollen. Das ist extrem ungerecht», so **Pierre-Yves Maillard**, SP-Ständerat und Präsident des Schweizerischen Gewerkschaftsbunds.

Schliesslich unterstreicht das Komitee die undemokratische und technokratische Natur der Renteninitiative. Die automatische jährliche Anpassung des Rentenalters generiert Unsicherheit bei den Arbeitnehmenden und massiven administrativen Aufwand. Weder der Bundesrat noch das Parlament oder die Bevölkerung hätten bei der Festsetzung des Rentenalters ein Mitspracherecht. «Die automatische Festsetzung des Rentenalters ist ein zu rigider Mechanismus, der nicht mit unseren demokratischen Prinzipien vereinbar ist», so **Thomas Bläsi**, Nationalrat SVP.

Dokumente

Die Redebeiträge der Referentinnen und Referenten stehen unter folgendem Link zum Download bereit: www.renteninitiative-nein.ch

Auskünfte

- Thomas Bläsi, Nationalrat SVP, 079 831 68 70
- Erich Ettlin, Ständerat Die Mitte, 079 399 60 80
- Pierre-Yves Maillard, Ständerat SP / Präsident SGB, 079 743 42 37
- Melanie Mettler, Nationalrätin / Vizepräsidentin Grünliberale Schweiz, 078 781 18 48
- Léonore Porchet, Nationalrätin GRÜNE / Vizepräsidentin Travail.Suisse, 079 350 67 42
- Adrian Wüthrich, Präsident Travail.Suisse, 079 287 04 93

Das Nein-Komitee

Die laufend aktualisierte Liste der Komiteemitglieder, sowie weitere Infos zum überparteilichen Komitee sind unter folgendem Link zu finden: www.renteninitiative-nein.ch



Medienkonferenz vom 16. Januar 2024 Überparteiliches Komitee «NEIN zur Renteninitiative»

Die von der *Jungen* FDP eingereichte Initiative, mit der Lösungen für die Finanzierungsprobleme der AHV in den kommenden Jahren gefunden werden sollen, ist zwar in ihrer Absicht durchaus respektabel, wird aber von der SVP-Fraktion nicht unterstützt. Der Text stellt zwar ein reales Problem dar, schlägt aber eine Lösung vor, die für unsere Fraktion nicht akzeptabel ist.

Diese Stellungnahme lässt sich durch mehrere Elemente zusammenfassen:

- Die Indexierung des Rentenalters an die Lebenserwartung unserer Mitbürger würde zur Folge haben, dass die Schweizer Bevölkerung, letztendlich bis zu einem Alter arbeiten müsste, das nicht durch ein klares Votum der Wähler, sondern durch einen in der vorliegenden Initiative enthaltenen Indexierungsmechanismus bestimmt worden wäre. Die SVP legt grossen Wert auf das Initiativrecht, das sie als einen Grundpfeiler unserer direkten Demokratie betrachtet. Dieser Mechanismus, der im Übrigen nur ein einziges Kriterium berücksichtigt, nämlich die Lebenserwartung, erscheint wie eine irreführende Fussnote des Vertrags. Für die SVP wäre es angebracht, bei einer Abstimmung über das geeignetste Rentenalter, ein Alter festzulegen, das klar bestimmt ist. Dieses Alter kann dann je nach demografischer Entwicklung nach oben oder unten korrigiert werden.
- Der Zeitpunkt dieser Initiative ist schlecht gewählt, kurz nach der Erhöhung der Frauenrente auf 65 Jahre, die zu Einsparungen von 1,8 Milliarden führen soll. Es scheint, dass eine weitere Erhöhung auf 66 Jahre für die gesamte Bevölkerung eine "Doppelbestrafung" für die Frauen darstellen würde.
In diesem Zusammenhang erscheint es uns schwierig, wenn nicht gar unmöglich, die Zustimmung der Wählerschaft zu erhalten, die für den Erfolg dieser Art von Reform unerlässlich ist.

Die SVP wird die Renteninitiative nicht unterstützen, aber da sie aus der Praxis weiss, wie schwierig es ist, Initiativen einzureichen, dankt sie der *Jungen* FDP für ihren Beitrag und die Tatsache, dass sie die Debatte eröffnet hat.

Thomas Bläsi, Nationalrat SVP GE, 079 831 68 70

Redetext von Adrian Wüthrich, Präsident Travail.Suisse

Es gilt das gesprochene Wort.

Als Präsident von Travail.Suisse, dem unabhängigen Dachverband der Arbeitnehmenden, begrüsse ich Sie im Namen des überparteilichen Nein-Komitees zur Renteninitiative ganz herzlich zur heutigen Medienkonferenz. Wir können Ihnen heute ein breites Komitee präsentieren, das die Renteninitiative bekämpft. Heute sind hier (alphabetisch):

- Thomas Bläsi, Nationalrat der SVP
- Erich Ettlín, Ständerat der Mitte und Präsident der SGK des Ständerats
- Pierre-Yves Maillard, Ständerat der SP und Präsident des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes, Mitglied der SGK Ständerat
- Melanie Mettler, Nationalrätin der Grünliberalen und Mitglied der SGK Nationalrat
- Léonore Porchet, Nationalrätin der Grünen, Mitglied der SGK Nationalrat und Vizepräsidentin von Travail.Suisse
- Und meine Wenigkeit Adrian Wüthrich, Präsident von Travail.Suisse und ehemaliger Nationalrat

Die Renteninitiative der Jungfreisinnigen verlangt, dass das Rentenalter zunächst schrittweise auf 66 Jahre erhöht und danach automatisch an die Lebenserwartung der 65-Jährigen gekoppelt wird. Wie Sie sehen, lehnt eine breite Koalition diese Initiative ab. Wir alle sind davon überzeugt, dass die Renteninitiative eine untaugliche Vorlage für die Zukunft unserer Altersvorsorge ist. Vielmehr brauchen wir für die Altersvorsorge eine austarierte, zukunftsfähige Lösung. Dementsprechend empfehlen wir der Stimmbevölkerung, die Renteninitiative am 3. März 2024 an der Urne abzulehnen.

....

Zur Position von Travail.Suisse: Die Renteninitiative will das Rentenalter an die Lebenserwartung der 65jährigen knüpfen. Dabei soll das Rentenalter zuerst auf 66 Jahre und danach automatisch jedes Jahr angepasst werden, je nachdem wie sich die Lebenserwartung entwickelt. Travail.Suisse spricht sich gegen die Erhöhung des Rentenalters aus. Es handelt sich um eine Sparmassnahme, die allein die Erwerbstätigen trifft und die sozialen Ungleichheiten vergrössert.

Nicht arbeiten bis ans Lebensende

Für Travail.Suisse ist klar, dass wir eine solche unsoziale und willkürliche Vorlage ablehnen. Die Initiative ist unsozial, weil sie diejenigen besonders stark trifft, die am Ende ihres Arbeitslebens nicht mehr bei bester Gesundheit sind und früher sterben. Und vergessen wir nicht: Es gibt in der Schweiz leider immer noch grosse Unterschiede in der Lebenserwartung: Ein Professor lebt im Durchschnitt drei Jahre länger als ein Schreiner und vor allem wird sich der Professor viel länger guter Gesundheit erfreuen. Dem Schreiner nimmt die Initiative deshalb einen grösseren Teil seines verdienten Ruhestands als dem Professor. Uns und unseren Mitgliedern ist es wichtig, dass wir am Ende unseres Erwerbslebens ein paar verdiente gesunde Jahre erleben dürfen. Wir wollen nicht im Alter so lange arbeiten, bis wir körperlich nicht mehr können. Mit der Initiative geben wir eine wesentliche Errungenschaft unseres Sozialstaates preis: Dass wir nicht bis zum Tod arbeiten müssen, sondern unseren Lebensabend in Sicherheit und Würde angehen können.

Unsicherheit und Ungerechtigkeit bei der Pensionierung

Und noch etwas spricht klar gegen die Initiative: Die Initiative erzeugt grosse Unsicherheit. Sie sieht vor, dass das Rentenalter jährlich angepasst wird. Und dass den Menschen erst fünf Jahre vor ihrer Pensionierung gesagt wird, wann sie pensioniert werden. Wie wollen sie mit 61 oder 62 ihre Pensionierung vernünftig planen? Die Lebenserwartung der 65-Jährigen schwankt. Covid beeinflusste die Lebenserwartung, aber auch eine starke Grippewelle kann die Lebenserwartung in einem Jahr senken. Wenn sie diese schwankende Lebenserwartung jedes Jahr dazu nutzen, das Rentenalter neu zu berechnen, wird das Rentenalter ebenso stark schwanken. Je nach Jahrgang werden Sie etwas früher oder später pensioniert werden. Es könnte also durchaus sein, dass sie zwei Monate später in Pension gehen können als ihre Kollegin, die ein Jahr älter ist und auch als ihr Kollege, der ein Jahr jünger ist – einfach, weil bei Ihnen die Lebenserwartung der 65-Jährigen gerade etwas höher war als bei Ihren zwei Kollegen. Das ist ungerecht und willkürlich.

Nein zur Renteninitiative am 3. März

Verzichten wir auf solche technokratischen Experimente. Verzichten wir auf eine unsoziale Lösung. Und verzichten wir auf ein willkürliches System, das Ungerechtigkeit und Unsicherheit verbreitet. Wir von Travail.Suisse sind überzeugt, dass wir eine stabile und zuverlässige Altersvorsorge brauchen. Eine Altersvorsorge, die den Menschen in diesem Land Sicherheit bietet und sie davor bewahrt, alt und krank bis zu ihrem letzten Atemzug arbeiten zu müssen. Deshalb ist für uns klar, dass wir die Renteninitiative am 3. März 2024 ablehnen.

Kontakt

Adrian Wüthrich, Präsident Travail.Suisse/alt Nationalrat, 079 287 04 93

Redetext Melanie Mettler, MK Komitee NEIN zur Renteninitiative, 16. Jan 2024

Sehr geehrte Medienschaffende

Die Problematik, die die Renten-Initiative benennt, ist die Tatsache, dass der Generationenvertrag aktuell temporär für die Dauer der Finanzierung der Babyboomer-Renten unter Druck steht. Dies ist der Fall, weil die Generation nach den Babyboomern im Vergleich so tiefe Geburtenraten hat – es hat einfach viel weniger von uns.

Die Schweiz wird also vor die Frage gestellt: Wer soll dieses Delta tragen? Was ist eine faire Verteilung zwischen Anspruchsgruppen und Generationen bis 2050? Zwar sehen wir im Schweizer Steuersystem einen Ausgleich vor zwischen Wohlhabenden und weniger Wohlhabenden. Wir sehen in der Schweiz aber keinen Ausgleich vor zwischen den Generationen, und das ist ein Problem bei der Altersvorsorge, das wir lösen müssen.

Die Renten-Initiative versucht nun, den Finanzierungsbedarf mit einer Erhöhung des Referenzrentenalters zu senken. Das wird aber als alleinstehende Massnahme die gewünschte Wirkung nicht erzielen, und dazu aber ungewollte Effekte verstärken. Die Grünliberalen lehnen diese Initiative deshalb ab.

Bereits heute arbeiten 40% der Erwerbstätigen nicht zum Referenzrentenalter von 65 Jahren. Eine reine Erhöhung des Referenzrentenalters allein kann deshalb die gewünschte Wirkung, nämlich eine ausgewogenere Finanzierung der Renten, gar nicht erreichen. Die Wohlhabenden gehen gemäss einer Studie des SECO fast vollumfänglich mindestens ein Jahr vor Erreichen des ordentlichen Rentenalters in Frührente. Sie tun dies, weil sie es sich leisten können. Eine Erhöhung des Referenzrentenalters wäre also in erster Linie eine Erhöhung für diejenigen, die sich eine Frühpensionierung nicht leisten können. Das ist natürlich weder effizient noch fair und kann damit kaum der Wille der Bevölkerung sein. Die Initiative geht zu Lasten des Mittelstands, und führt zu einer falschen Solidarität der Armen mit den Reichen.

Spannend wäre ein Projekt mit einem breiten Massnahmenfächer, um den Generationenvertrag in Balance zu halten. Leider preschten die Initianten vor, ohne dies zu berücksichtigen und so müssen wir nun über eine Initiative abstimmen, die die isolierte Erhöhung des Referenzrentenalters vorsieht, ohne sich für die Wirkung zuständig zu fühlen.

Die erhöhte Lebenserwartung bei guter Gesundheit und ein Arbeitsmarkt, der verfügbare erfahrene Arbeitskräfte schätzt, sind eine gute Grundlage, sich Gedanken über den Stellenwert der Erwerbsarbeit und den Sinn von Referenzrentenalter zu machen. Dazu braucht es aber gute, ausgewogene Projekte, die die gewünschte Wirkung zeigen und einen Mehrwert für Erwerbstätige, Gesellschaft und Wirtschaft darstellen. Die isolierte Erhöhung des Referenzrentenalters allein kann dem nicht gerecht werden.

Danke

Medienkonferenz (Komitee «Nein zur Renteninitiative»)

16. Januar 2024

Erich Ettlin, Ständerat OW

Sehr geehrte Medienschaffende

Liebe Kolleginnen und Kollegen

Ich begrüsse Sie auch von meiner Seite herzlich zu diesem Anlass und freue mich, dass Sie unserer Einladung gefolgt sind.

Es freut mich, hier heute sprechen zu dürfen und die Position der Mitte-Partei in einer Angelegenheit zu vertreten, die uns alle betrifft: die Zukunft unserer Altersvorsorge.

Mit der AHV-21 konnte im Jahr 2022 durch das grosse Engagement des Parlaments die Alters- und Hinterlassenenversicherung mittelfristig stabilisiert werden. Dass diese Vorlage bei Volk und Ständen dann auch eine knappe Mehrheit fand, war bis zum Schluss nicht sicher und bedurfte viel Überzeugungsarbeit. Wir sind froh, dass schliesslich ein mehrheitsfähiger Kompromiss zu Stande gekommen ist.

Ein wichtiger Punkt für die Mehrheitsfähigkeit der AHV-21 war das Versprechen, dass diese Reform nicht automatisch die nächste generelle Erhöhung des Rentenalters/Referenzalters nach sich ziehen werde. Wir waren uns im Parlament mehrheitlich bewusst, dass es für die Jahre 2030 und folgende eine nächste Reform braucht. Aber dafür ist der Bundesrat vom Parlament beauftragt worden, dem Parlament bis am 31. Dezember 2026 eine Vorlage zur Stabilisierung der AHV für die Zeit von 2030 bis 2040 zu unterbreiten. Dort wird der Bundesrat eine Auslegeordnung machen und sollte eine ausgeglichene Lösung aus unterschiedlichen Massnahmen erarbeiten.

Die AHV-21 ist ein Meilenstein in der Sozialpolitik, der seit zwei Jahrzehnten überfällig war und an deren Umsetzung mehrere Anläufe scheiterten. Den Versprechen, die wir im Abstimmungskampf gegeben haben, fühlen wir uns nach wie vor verpflichtet.

Nachdem mit der AHV-21 gerade erst das Rentenalter der Frauen an dasjenige der Männer angepasst wurde, will die Renteninitiative das Pensionsalter auf Verfassungsebene an die Lebenserwartung knüpfen. Steigt die Lebenserwartung, steigt auch automatisch das Rentenalter mit dem Faktor 0,8. Erhöht sich die Lebenserwartung also bis 2050 beispielsweise um 2 Jahre, stiege das Rentenalter um 19 Monate an.

Mit der Einführung dieses starren Mechanismus wird dem Parlament und dem Bundesrat die Möglichkeit genommen, mit angepassten Massnahmen auf kurzfristige wirtschaftliche und gesellschaftliche Veränderungen zu reagieren.

Dass das Parlament in den jeweiligen Fällen seine Verantwortung mittels des Gesetzgebungsverfahrens wahrnimmt, haben wir bei der mit grossem Effort erreichten AHV-21 gesehen. Dem Parlament diese Kompetenz nun abzunehmen und das Pensionsalter über die Verfassung regeln zu wollen, ist der falsche Weg.

Nach den Erfahrungen mit der AHV-21 erscheint eine einseitige Erhöhung des Rentenalters zum jetzigen Zeitpunkt nicht opportun und ist vor dem Volk kaum mehrheitsfähig. Vielmehr müssen auch andere Massnahmen geprüft werden, um die Finanzierung der AHV sicherzustellen.

Die Renteninitiative geht die Herausforderung der AHV der zu einseitig an. Die Lebenserwartung wie auch der Gesundheitszustand im Alter ist in der Schweiz auch vom Bildungsabschluss abhängig. So trifft eine Rentenerhöhung Arbeitnehmende mit Lehrabschluss deutlich stärker als Akademikerinnen und Akademiker. Dies, da Arbeitnehmende mit Lehrabschluss bereits jetzt einen kürzeren Ruhestand haben, beziehungsweise weniger lang und bei schlechterer Gesundheit leben.

Bereits heute ist es für viele Personen schwierig, bis 65 zu arbeiten. Der Arbeitsmarkt zeigt trotz Fachkräftemangel wenig Bereitschaft, ältere Arbeitnehmende einzustellen. Die positiven Auswirkungen auf die Finanzierung der AHV, welche die Renteninitiative in Aussicht stellt, sind deshalb hoch gegriffen. Wenn ältere Arbeitnehmende keine Stelle mehr finden, tragen sie auch nichts zur Finanzierung der AHV bei.

Bevor wir übereilte Entscheidungen treffen, sollten wir über die langfristigen Auswirkungen unseres Handelns nachdenken. Lassen Sie uns dafür sorgen, dass das Rentensystem auch für künftige Generationen solide und gerecht bleibt. Setzen wir uns gemeinsam für eine durchdachte Altersvorsorge ein, die der heutigen Zeit und den zukünftigen Herausforderungen gerecht wird.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit und übergebe nun gerne das Wort an XY

Medienkonferenz vom 16. Januar 2024

Überparteiliches Komitee «NEIN zur Renteninitiative»

Redebeitrag von Léonore Porchet, Nationalrätin GRÜNE, Vizepräsidentin Travail.Suisse

Es gilt das gesprochene Wort.

In der Bundespolitik gibt es einige alte Mythen, die als Ausrede vorgeschoben werden. Einer davon besagt, dass eine längere Lebensdauer zwangsläufig zu einem höheren Rentenalter führen müsste. Eine Art Naturgesetz in einem System, das jedoch bloss das Ergebnis politischer Entscheidungen ist. Doch das ist falsch und das war es schon immer.

Zunächst sei an zwei klare Tatsachen erinnert:

1. Der AHV geht es gut! Seit ihrer Gründung wird immer wieder ihr Konkurs vorhergesagt – zu Unrecht. Sie schreibt schwarze Zahlen und verfügt über immense Reserven. Und wenn es eine zusätzliche Finanzierung braucht, kann die Politik eine solche beschliessen, ohne die Leistungen zu kürzen, etwa durch höhere Löhne oder die Gewährleistung der Lohngleichheit.
2. Personen ab 55 Jahren haben schon heute Mühe, eine Arbeit zu finden, wenn sie arbeitslos werden, oder auch einfach, ihre Stelle zu behalten. Eine Anhebung des Rentenalters führt also nur zu einer höheren Belastung der Arbeitslosenversicherung und der IV. Nicht alle werden länger leben, geschweige denn mehr gesunde Lebensjahre haben.

Einkommensunterschiede wirken sich tatsächlich direkt auf die Gesundheit aus. Personen mit geringem Einkommen haben eine schlechtere Gesundheit als Menschen mit hohem Einkommen. Von Armut betroffene Rentnerinnen und Rentner haben es schwerer, bei guter Gesundheit alt zu werden, als besser gestellte. So geben Rentnerinnen und Rentner ohne zweite Säule an, häufiger als die anderen gesundheitliche Probleme zu haben und manchmal – ebenfalls häufiger als die anderen – aus finanziellen Gründen auf die Gesundheitsversorgung verzichten zu müssen.

Dies ist aber kein Einzelfall, denn 21 % der Arbeitnehmenden (36 % der Frauen) haben nur sehr beschränkten oder gar keinen Zugang zu BVG-Leistungen.

Doch gerade diese Personen mit geringem Einkommen werden am seltensten in der Lage sein, vorzeitig in Rente zu gehen. Das bedeutet, dass Personen mit hohem Einkommen – die weniger rasch sterben – länger AHV-Leistungen beanspruchen und gleichzeitig höhere Renten erhalten.

Daher ist diese Initiative besonders ungerecht. Umso mehr, als der Durchschnitt der gesunden Lebensjahre bei etwa 70 liegt, also nur vier Jahre über dem von dieser ungerechten Initiative vorgesehenen Rentenalter.

In einer entwickelten Gesellschaft darf die Lebenserwartung, d. h. der Zeitpunkt, zu dem man stirbt – meist im Krankenhaus oder im Alters- und Pflegeheim, oft krank, immer häufiger demenz, manchmal allein –, nicht der entscheidende Faktor für die Festlegung des Rentenalters sein. Die Lebensqualität in den Jahren nach der Pensionierung sollte als Kriterium für die Festlegung des AHV-Referenzalters ausschlaggebend sein. Und das ist nicht der Zeitpunkt, zu dem man stirbt!

Wir müssen sicherstellen, dass diejenigen, die ihr ganzes Leben lang gearbeitet haben, die Möglichkeit haben, einen qualitativ hochwertigen Ruhestand zu verbringen. Und dieses Recht auf Lebensqualität nach dem Arbeitsleben einzufordern, ist nicht einfach. Es ist das Ergebnis jahrelanger Arbeit im Dienste der nationalen Wirtschaft, aber auch des gesamten Sozialversicherungssystems, zu dem die Arbeitnehmenden mit ihren Abzügen und Steuern beitragen.

Schliesslich sei daran erinnert, dass das Rentenalter für die Frauen gerade erst erhöht wurde. Also für diejenigen, die für die Einsparungen bei den Sozialversicherungen und den Leistungsabbau den höchsten Preis zahlen. Diese Reform hat auch zu einer Flexibilisierung der Pensionierung nach oben geführt, deren Auswirkungen wir noch nicht ausgewertet haben. Nachdem die AHV 21 vor weniger als einem Monat in Kraft getreten ist, wäre die Auferlegung von einem Jahr obligatorischer Mehrarbeit für alle, gefolgt von endlosen weiteren Erhöhungen, angesichts der zaghaften Zustimmung der Bevölkerung zur AHV 21 also ebenfalls unverhältnismässig.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass sich diese Initiative objektiv nicht durch einen Bedarf nach neuen finanziellen Ressourcen rechtfertigen lässt. Sie entspricht auch nicht der Realität des Arbeitsmarktes und stellt für unser Sozialversicherungssystem und die Gesundheit der Bevölkerung vor allem eine Gefahr dar.

Kontakt

Léonore Porchet, Nationalrätin GRÜNE, Vizepräsidentin Travail.Suisse, 079 350 67 43,
leonore.porchet@parl.ch

Rentenalter 67?

NEIN
zur Renteninitiative

REDEBEITRAG PIERRE-YVES MAILLARD

Länger arbeiten für tiefere Renten? NEIN zur Rentenalterhöhung!

Die Renteninitiative will das Rentenalter für alle erhöhen. In zwei Schritten soll es zunächst auf 66 angehoben und dann an die Lebenserwartung gekoppelt werden. Das ist ein radikaler Rentenabbau, der Normalverdienende bestraft: Sie sollen noch länger arbeiten und mit noch tieferen Renten durchkommen müssen - während sich ihre Chefs weiterhin eine Frühpensionierung leisten können. Selbst die Frühpensionierungen für Personen in harten Jobs werden mit der Initiative gefährdet.

Die Initiative ignoriert zudem die Realitäten auf dem Arbeitsmarkt. Wer heute älter ist als 55, wird als ErsteR entlassen - und hat dann Mühe, einen neuen Job zu finden. Auch für die Finanzierung der AHV ist die Initiative nicht notwendig. Die AHV ist solide finanziert und schreibt in den nächsten Jahren Milliardengewinne. Dabei sind ihre Reserven heute bereits so hoch wie nie zuvor. Die Renteninitiative ist keine Lösung für das wahre Problem in der Altersvorsorge: alles ist teurer - und die zu tiefen Renten reichen nicht mehr! Ganz im Gegenteil, die Initiative verschärft das Problem.

Rentenalter erhöhen ohne Ende

Die Initiative will das Rentenalter erhöhen. Zuerst auf 66 Jahre. Doch damit nicht genug, soll das Rentenalter anschliessend mit der Lebenserwartung automatisch weiter steigen, auf 67 und noch höher. Das ist ein radikaler Rentenabbau für Normalverdienende. Denn nur, weil die Lebenserwartung steigt, bedeutet das noch lange nicht, dass es auch möglich ist, länger zu arbeiten. Besonders betroffen sind Normalverdienende: sie sollen alle noch länger arbeiten. Wer trotzdem früher in Rente muss, zum Beispiel, weil es körperlich nicht mehr anders geht, wird mit einer noch tieferen Rente hängen gelassen.

Die Initianten behaupten, dass dies notwendig wäre für die Finanzen der AHV. Dabei kümmert sich die Initiative gar nicht um die finanzielle Situation der AHV. Das zeigt folgende Rechnung: Wäre die Initiative schon seit 50 Jahren in Kraft, dann hätten wir heute Rentenalter 71. Obwohl die AHV heute Milliardenüberschüsse schreibt mit Rentenalter 65.

Doch bei der Initiative geht es schon um Geld, und zwar um das Portemonnaie der Arbeitnehmenden. Sie verlieren mindestens zwei Jahre AHV-Rente - das sind über 50'000 Franken Einkommensverlust. Ihnen entgeht viel Rentengeld.

Frühpensionierungsmodelle sind gefährdet

Die Initiative enthält keinerlei Ausnahmen für Arbeitnehmende in gefährlichen oder beschwerlichen Berufen. Oder für Personen mit tieferen Einkommen und Bildungsabschlüssen. Obwohl sie viel weniger alt werden und häufig körperlich schon heute kaum bis zum Rentenalter arbeiten können. Im Gegenteil würde ein angepasstes, tieferes Rentenalter in harten Jobs noch schwieriger mit der

Initiative. Denn das Parlament allein könnte auch keine Ausnahmen oder besondere Frühpensionierungsmöglichkeiten für Personen in anstrengenden oder gesundheitsschädlichen Berufen beschliessen. Für jede Abweichung vom Mechanismus bräuchte es eine Volksabstimmung mit Volks- und Ständemehr.

Dabei fehlen besondere Rentenregelungen für diese Arbeitnehmenden bereits heute. Der einzige Lichtblick, den wir heute kennen sind kollektive Frühpensionierungsmodelle in besonders harten Branchen wie dem Bau und im Gewerbe. Diese sozialen Fortschritte haben sich die Arbeitnehmenden erkämpft und sie bezahlen auch dafür. Doch bei einer Annahme der Initiative wären sie in Gefahr. Denn die Arbeitgeber wollen sie bei einem stetig steigenden Rentenalter nicht mehr finanzieren.

Die Erhöhung des Rentenalters treibt ältere Arbeitnehmende in die Sozialhilfe!

Die Initiative ignoriert die Realitäten auf dem Arbeitsmarkt. Denn in vielen Berufen wird es für ältere Arbeitnehmende immer schwieriger. Die Lage hat sich vor allem bei den 60- bis 64-Jährigen verschlimmert: Heute sind sie die Altersgruppe mit der höchsten Arbeitslosenquote.

Die Arbeitslosigkeit bei den «Älteren» sinkt langsamer als bei den übrigen Altersgruppen. Auf dem Arbeitsmarkt sind ihre Perspektiven schlecht. Denn nur wenige Arbeitgeber geben älteren Arbeitssuchenden eine Chance. Diese haben grössere Mühe, wieder eine Stelle zu finden, wenn sie arbeitslos sind. Unabhängig von ihren Qualifikationen oder ihren Lohnvorstellungen.

Es braucht deshalb ein klares NEIN